

Sozialistische Partei, trotz der Zusammenkünfte der SPD (Max Braun u. Dr. Sender) und der SSP (Wilh. Kramer) Anfang Januar 1934 im lothringischen Forbach, und dies auch nur im kleinen Kreise unter Ausschluß der KPD.

Unter der umfassenderen Bezeichnung "Freiheitsfront" war jene lockere Parteienkoalition zu verstehen, die geschlossen worden war, um für eine bestimmte Zeit den Abstimmungskampf zu führen, zu einem bestimmten Zweck für den Status quo zu werben und gemeinsam den Nationalsozialismus zu bekämpfen. Doch blieben die Parteien weiterhin selbständig, mit eigenen Organisationsformen und eigenem politischem Programm. Die "Freiheitsfront" umfaßte die "Einheitsfront" zusammen mit der Saarländischen Wirtschaftsvereinigung (SWV, gegr. am 21. Oktober 1933 in Saarlouis, zunächst geleitet durch Dr. med. Jakob Hector, Bürgermeister von Saarlouis und Mitglied der Reko) und der Saarländischen Sozialistischen Partei (SSP, erst im Mai 1933 gegründet, mit ihrem Vorsitzenden Max Waltz)¹⁷; hinzuzurechnen wären noch die Freien Gewerkschaften und die Opposition ehemaliger Zentrumsanhänger um Johannes Hoffmann, der "Deutsche Volksbund für christlich-soziale Gemeinschaft"¹⁸.

Eine recht geringe Rolle, sicherlich lange Zeit in ihrer Bedeutung überschätzt, spielten die global und propagandistisch so bezeichneten frankophilen Gruppen, wie der Saarbund, die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung saarländischer Interessen, die SWV, die SSP oder die Liga für Menschenrechte (in beiden arbeitete Max Waltz mit) u.a.. Sie hatten weder in ihrer Mitgliederstärke noch in ihren Aktivitäten, noch in ihrer finanziellen Unterstützung durch Frankreich die Bedeutung, die ihnen von den Nationalsozialisten gern unter der Zielsetzung einer französischen Annexionspolitik unterstellt wurde.

Doch unter der Parole "Für Deutschland, gegen Hitler!" konnte die "Einheitsfront", die zu keinem Zeitpunkt die straffe Organisation der Deutschen Front erreichte, nur dann Erfolg haben, wenn es im nächsten halben Jahr gelang, das Status quo-Modell auf eine überzeugende und zukunftsweisende Basis zu stellen. Der Plan zur Verschiebung der Volksabstimmung um ca. fünf Jahre, der auf der Annahme von der Kurzlebigkeit des Nazi-Regimes basierte, entfiel, seit der Völkerbundsrat am 4. Juni 1934 die Durchführung der Abstimmung auf den 13. Januar

¹⁷ SSP im Mai 1933 gegr. unter Führung von Max Waltz (1922 aus der KPD ausgeschlossen, da er größere Geldbeträge von der Saarregierung genommen habe, "um den Versuch zu machen, die Politik der Partei in dem von der Saarregierung gewünschten Sinne zu beeinflussen": A.Z. Nr. 114 v. 7.6.1922. Ebenso Saarbrücker Zeitung Nr. 148 v. 8.6.1922). Ausführlicher im I. Kap. 5.3. Ende 1933 wurde Waltz aus der SSP ausgeschlossen. Eine offizielle Anerkennung der Zugehörigkeit der SSP zur Einheitsfront von SPD und KPD blieb ihr auf Landesebene versagt. Vgl. hierzu ihre entspr. Klage in einem Flugblatt (o. Dat., wahrscheinl. kurz nach der Gründung der Einheitsfront): abgedr. bei P. Lempert, "Das Saarland den Saarländern!", S. 495. Am besten funktionierte die Zusammenarbeit von SSP, KPD und SWV wohl auf Ortsebene bzw. in einem "überparteilichen Massenselbstschutz", wie der am 11.9.1934 gegr. "Antifaschistischen Einheitstruppe".

¹⁸ Vgl. P. Lempert, "Das Saarland den Saarländern!", S. 491-500 u. M. Zenner, Parteien, S. 314-316.